

Öffentliche Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am

Donnerstag, 21.03.2024, 16:00 Uhr,

im Sitzungszimmer 111 des Rathauses, 46236 Bottrop

- Nr. 2 /2024 -

Anwesend unter dem Vorsitz von **Vorsitzendem Rüdiger Lehr:**

ordentliche Mitglieder

Bezirksvertreterin Behrendt, Sandra	SPD	
Herr Bucksteeg, Andreas	FDP	
Herr Damann, Sebastian	CDU	bis TOP A 4 tlw.
Ratsherr Geise, Hans-Christian	CDU	
Herr Gleißner, Michael	CDU	
Ratsherr Kaufmann, Markus	SPD	bis TOP A 3
Ratsfrau Kohmann, Anja	SPD	
Ratsherr Köllner, Roger	B`90/Grüne	
Ratsherr Kuczera, Walfried	AfD	
Ratsherr Morisse, Andreas	SPD	
Bezirksvertreter Ochmann, Franz	SPD	
Ratsfrau Schmitke, Evelin	B`90/Grüne	
Ratsherr Schneider, André	SPD	
Ratsherr Stamm, Markus	ödp	
Bezirksvertreter Stratmann, Wilhelm	SPD	
Ratsherr van Geister, Daniel	SPD	
Ratsherr Winkler, Helge	CDU	

beratende Mitglieder:

Herr Müller, Ewald	Verkehrswacht
Herr Pulina, Peter	ÖPNV

stellvertretende Mitglieder:

Ratsherr Gutsche, Joachim	B`90/Grüne	Vertretung für Ratsherrn Hein, Andreas
Herr Lanfermann, Hermann-Josef	CDU	Vertretung für Ratsherrn Kien, Frank
Ratsherr Sabelleck, Heinz	DKP	Vertretung für Ratsfrau Bobrzik, Irmgard
Ratsherr Schmidt, Niels	Linke	Vertretung für Ratsherrn Hermens, Sven
Frau Vohs, Vanessa		Vertretung für Herrn Damann, Sebastian ab TOP A 4 tlw.

Fehlten entschuldigt:

Frau Abdulkader, Diana Jugendparlament (beratend)

Gäste:

Herr Büttel, Heinz-Günter Verkehrswacht
Frau Heffe, Katrin Autobahn GmbH des Bundes
Frau Santer Autobahn GmbH des Bundes

Verwaltung:

Erster Beigeordneter
Pintea, Emilio Dezernat III
Technischer Beigeordneter
Müller, Klaus Dezernat IV
Herr Vogler, Bernd SBK
Herr Bräuniger, Thorsten FB 10
Herr Jendry, Michael Amt 14
Herr Metzen, Marcus FB 20
Herr Fingerlin, Fabian Amt 36
Herr Wilms, Christoph Amt 37
Frau Dietz, Natascha Amt 61
Herr Sommer, Peter FB 65
Herr Jonek, Steffen FB 66
Frau Maszun, Alexandra SBK als Schriftführerin

Vorsitzender Lehr eröffnet die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses um 16:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt **Vorsitzender Lehr** Frau **Vanessa Vohs** als neues Mitglied des Ausschusses in ihr Mandat ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Auf weitere Nachfrage des Vorsitzenden beantragt **Ratsherr Schmidt** zu prüfen, ob zukünftig wieder der Ratssaal für die Sitzungen des Ausschusses genutzt werden könne, da das Sitzungszimmer 111 angesichts der Anzahl der Teilnehmenden und der voraussichtlichen Sitzungsdauer zu klein sei.

Vorsitzender Lehr lässt über den Antrag von Ratsherrn Schmidt abstimmen.

6 Stimmen dafür (Grüne: 3, AfD: 1, DKP: 1, Linke: 1)
15 Stimmen dagegen (SPD: 9, CDU: 5, FDP: 1)
1 Stimmenthaltung (ÖDP: 1)

Der Antrag ist somit **abgelehnt**.

Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Es erklärt sich kein Mitglied des Ausschusses zu einem Tagesordnungspunkt für befangen.

Anschließend tritt der Ausschuss in folgende Tagesordnung ein:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1		Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 22.02.2024 - Nr. 1 /2024 -
2		Sperrung der BAB 42 <u>hier:</u> Mündlicher Sachstandbericht der Autobahn GmbH
3	2024/0123	Haushalt 2024 <u>hier:</u> Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)
4	2024/0133	Einhaltung der Sichtdreiecke an Kreuzungen im Bottroper Stadtgebiet
5		Schulstraßen in Bottrop <u>hier:</u> Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 06.03.2024
6	2024/0140	Sachstandbericht zu Bottroper Wanderwegen <u>hier:</u> Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2023
7		Anfragen von Ausschussmitgliedern
8		Mitteilungen der Verwaltung

Sitzungsverlauf

A) Öffentliche Sitzung:

1	Drucksachenummer: Zuständigkeit:
---	-------------------------------------

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 22.02.2024 - Nr. 1 /2024 -

Erläuterungen:

Ratsherr Sabelleck zeigt sich irritiert, dass unter TOP 6 als Beschluss vermerkt sei, dass dem Antrag der AfD zugestimmt worden sei. Er sei davon ausgegangen, dass dieser abgelehnt worden sei.

Vorsitzender Lehr bittet darum, dass auf der nächsten Seite notierte Abstimmungsergebnis zu beachten. Hier sei eindeutig dargestellt, dass dem Antrag mit großer Mehrheit nicht zugestimmt worden sei.

Ratsherr Schmidt bemängelt die Erläuterungen zu TOP 4, da dort keine genauen Zahlen zu den Rückmeldungen der Hausmeister aufgeführt seien.

Technischer Beigeordneter Müller verweist darauf, dass unter dem heutigen TOP 8 „Mitteilungen der Verwaltung“ nochmals Erläuterungen über das weitere Vorgehen in Sachen der Schultoiletten erfolgten. Sobald die genauen Zahlen vorlägen, würden diese auch veröffentlicht.

Weitere Einwände gegen die Form und Fassung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Nr. 01/2024 vom 22.02.2024 werden nicht erhoben.

2	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	Kenntnisnahme
---	-------------------------------------	----------------------

Sperrung der BAB 42

hier:

Mündlicher Sachstandsbericht der Autobahn GmbH

Beschluss

Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Frau Heffe (Autobahn GmbH des Bundes) erläutert mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen im Bereich der Brücke. Sie gibt bekannt, dass die Schrankenanlage in Fahrtrichtung Dortmund aller Voraussicht nach in der nächsten Woche fertiggestellt und die Autobahn dann wieder für Fahrzeuge bis 3,5 t freigegeben werden könne. Die Auffahrt Bottrop-Süd bleibe aber weiterhin gesperrt.

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Ratsherr van Geister fragt nach, ob tatsächlich geplant sei, dass die Auffahrt Bottrop-Süd geschlossen bleibe, bis die neue Brücke fertiggestellt sei. Dazu stelle sich auch die Frage, wie die offizielle Umleitung ausgewiesen sei und wie viele Fahrzeuge diese benutzten. Zudem müsse geklärt werden, wie die Schäden an städtischer Infrastruktur aufgefangen werden könnten. Schon jetzt zeige sich bspw. an der Prosperstraße, dass diese massiv in Mitleidenschaft gezogen werde.

Ratsherr Geise bedankt sich für die vielen Informationen. Er fragt nach, ob es möglich sei, dass die Linie des SB 29 nach Gelsenkirchen, die derzeit den Hauptbahnhof nicht mehr anfähre, wieder über die Brücke geleitet werde.

Ratsherr Schmidt bittet um Auskunft, warum nicht eine zweite Schrankenanlage im Bereich Lichtenhorst/Tanklager eingerichtet werde, die die Lkw über diesen Weg von der Autobahn ableite. Dann könne die Auffahrt Bottrop-Süd wieder für Pkw geöffnet werden. Bei dieser Lösung würden die abgeleiteten Lkw dann nicht durch die Wohnstraßen im Bottroper Süden fahren. Die Bottroper Verwaltung müsse tätig werden, um diese oder eine andere Lösung für eine Wiederöffnung der Auffahrt Bottrop-Süd zu finden, da eine solche Gefährdung der Bottroper Bevölkerung in den nächsten zehn Jahr nicht hinnehmbar sei.

Ratsherr Köllner zeigt sich enttäuscht von den Ausführungen der Autobahn GbmH. Es gebe keine neuen Erkenntnisse. Der Verkehrskollaps im Bereich Ebel und der Prosperstraße habe bereits seit längerem bestanden und werde jetzt noch verschlimmert.

Sachkundiger Bürger Damann fragt nach, wie eine Beschleunigung des Brückenneubaus erreicht werden könne.

Frau Heffe erwidert, dass eine Öffnung der Brücke für die Buslinie nicht möglich sei. Die Sperrelemente seien so konzipiert, dass sie nicht ständig zur Seite geräumt werden könnten. Auch die Rettungsdienste könnten nur im äußersten Notfall die Brücke benutzen. Die Mehrkosten für die Umleitung der Buslinie könnten im Übrigen nicht durch die Autobahn GmbH übernommen werden, da dies gesetzlich nicht vorgesehen sei. An der AS Bottrop-Süd seien nach bisherigen Zählungen etwa 7000 Fahrzeuge aus Bottrop und etwa 2000 Fahrzeuge aus Essen aufgefahren. Die Aufstellung einer zweiten Schrankenanlage im Bereich Lichtenhorst sei nicht möglich, da bereits in Kürze mit den Vorbereitungen zum sechsstreifigen Ausbau der A 42 in diesem Bereich begonnen werde. Dazu müssten dort eine Leitung und eine Brücke über eine Privatbahn abgerissen werden. Dann werde die Verkehrsführung komplett auf die südliche Seite der Autobahn verlegt. Derzeit liege für den Ausbau der A 42 und den Neubau der Brücke noch kein Baurecht vor. Der Planfeststellungsbeschluss solle im Juni erfolgen. Dann würden die Leitungsverlegungen beginnen und die Bauverträge geschlossen. Nach derzeitigem Stand werde die Bauzeit aber keine zehn Jahre betragen. Die Umleitungsverkehre würden dann über die Anschlussstelle OB-Neue Mitte geführt. Die Autobahn GmbH sei gerne bereit, neue Lösungen zu prüfen, nur leider habe sich bisher keiner der Vorschläge als umsetzbar erwiesen.

Ratsherr Morisse fragt nach, wer für die Schäden an den Straßen aufkomme, die nicht auf der offiziellen Umleitungsstrecke lägen. So sei die L 631 bereits jetzt sehr stark belastet.

Sachkundiger Bürger Lanfermann fragt nochmals, mit welcher Bauzeit für die neue Brücke zu rechnen sei.

Ratsherr Schmidt weist darauf hin, dass die abgeleiteten Lkw über städtische Straßen, wie insbesondere die Prosperstraße führen. Hier sei eine Überplanung dringend notwendig, da der Lkw-Verkehr stark zunehme und auch die Höhenbegrenzung an der Brücke Prosperstraße/Knappenstraße regelmäßig ignoriert werde.

Ratsherr Sabelleck fragt nach, ob zunächst der Abriss der alten Brücke erfolge und anschließend der Neubau oder ob beide Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden könnten.

Frau Heffe erklärt, dass ein Lkw-Umleitungsverkehr über die Prosperstraße nicht als offizielle Umleitungsstrecke vorgesehen sei. Änderungen müssten daher durch die Stadt erfolgen, da die Autobahn GmbH für die städtischen Straßen nicht zuständig sei. Der Neubau der Brücke solle nach derzeitigem Stand in zwei Teilen erfolgen, so dass nach Fertigstellung des ersten Teilstücks, dieses auch wieder befahrbar sei. Der angesprochene Aufbau einer Schrankenanlage im Bereich der A 516 bedeute, dass zwei weitere Anschlussstellen gesperrt werden müssten. Dies sei diskutiert, aber auch von den betroffenen Städten abgelehnt

worden. Der Umbau der Anschlussstelle Bottrop-Süd sei im Rahmen des sechsstreifigen Ausbaus der A 42 geplant.

Technischer Beigeordneter Müller stellt klar, dass die Verwaltung von der dauerhaften Sperrung der Auffahrt Bottrop-Süd ebenfalls nicht begeistert sei. Es sei gemeinsam mit der Stadt Essen ein externer Verkehrsgutachter beauftragt worden, der andere Lösungen prüfen solle. Sollten diese rechtlich und technisch möglich seien, würden sie der Autobahn GmbH vorgelegt. Falls das Argument der fehlenden Mittel ins Feld geführt würde, werde man das Gespräch mit dem Bundesverkehrsministerium suchen müssen. Ebenso solle hier das Thema der Erstattung von Schäden an der städtischen Infrastruktur zur Sprache gebracht werden. Möglicherweise müsse man hier auf eine Gesetzesänderung drängen.

3	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	2024/0123 Vorberatung
----------	-------------------------------------	--

Haushalt 2024

hier:

Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt den in der Anlage befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich beschlossener Änderungen und Ergänzungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss verweist die Abstimmung und weitere Beratung über das Haushaltssicherungskonzept in den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss und lehnt eine Abstimmung in der heutigen Sitzung einstimmig ab.

Erläuterungen:

Ratsherr van Geister erklärt, dass die SPD-Fraktion noch weiteren Beratungsbedarf sehe und daher erst im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss über die Maßnahmen entscheiden wolle. Er schlägt daher vor, heute noch nicht abzustimmen.

Ratsherr Geise verweist darauf, dass die Erläuterungen zu den einzelnen Maßnahmen erst am Dienstag an die Ausschussmitglieder übersendet worden seien, so dass man sich nicht ausreichend damit habe beschäftigen können. Auch seien Teile der Erläuterungen nicht umfassend genug und es gebe weitere Nachfragen. Daher schließe er sich dem Vorschlag von Ratsherrn van Geister an, heute nicht abzustimmen.

Ratsherr Köllner sieht insbesondere Probleme mit den vorgeschlagenen Personalkürzungen. Er könne nicht nachvollziehen, dass andere Mitarbeiter offensichtlich problemlos die Aufgaben übernehmen könnten. Er halte die Erläuterungen ebenfalls für nicht ausreichend; wolle aber im heutigen Ausschuss über die Vorschläge diskutieren. Bei einer möglichen Abstimmung würde sich die Ratsfraktion der Grünen zunächst enthalten.

Ratsherr Schmidt hält die Erläuterung ebenfalls für nicht ausreichend. Es werde nicht dargelegt, was die Einsparungen wirklich bedeuteten. Die vorgeschlagene Zuschussreduzierung beim ÖPNV in Höhe von 300.000 Euro würde bspw. die Einstellung von ein bis zwei Buslinien bedeuten. Dies konterkariere die angestrebte Verkehrswende. Zudem

stiegen die Kosten im ÖPNV in jedem Jahr, so dass auf lange Sicht gesehen, eine weitere Streichung von Buslinien notwendig sei.

Ratsherr Stamm weist darauf hin, dass eine Vielzahl der Einsparungsvorschläge den Bau- und Verkehrsausschuss betreffen. Hier säßen auch die Experten und daher solle hier auch ein Votum abgegeben werden. Zudem könne nicht alles ausschließlich im Hauptausschuss diskutiert werden. Inhaltlich halte er es für den falschen Weg, die Streichung von Personalstellen nur vorzusehen, wenn der jetzige Stelleninhaber in den Ruhestand gehe. Bei Stellen, die mit Dienstleistungen am Bürger verbunden seien, müsse evaluiert werden, wie sich die Einsparungen bspw. auf Wartezeiten auswirkten. Die vorgeschlagenen Kürzungen beim Zuschussbedarf des ÖPNV halte er ebenfalls für völlig deplatziert. Diese Kürzungen würden von seiner Ratsgruppe nicht mitgetragen.

Ratsherr Sabelleck macht klar, dass die DKP-Ratsgruppe die vorgeschlagenen Stellenstreichungen komplett ablehne.

Technischer Beigeordneter Müller stellt klar, dass dem Verwaltungsvorstand bewusst gewesen sei, dass die vorgelegten Maßnahmenvorschläge nicht angenehm seien. Es sei aber wichtig, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, um die vorläufige Haushaltsführung beenden zu können. Es seien Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung ausgewählt worden, um nicht einen Bereich über Gebühr zu belasten. Zum Thema Stellen sei zum einen dargelegt worden, welche Stellen derzeit unbesetzt seien. Diese sollten möglichst auch wiederbesetzt werden. Bei den Stelleneinsparungen habe man darauf abgezielt, freiwillige Leistungen zu streichen oder die Anzahl der Mitarbeiter, die die gleichen Aufgaben hätten, zu verringern. Dies führe unweigerlich dazu, dass an einigen Stellen, der Bürgerservice länger dauern werde. Es sei darauf geachtet worden, dass solche Stellen ausgewählt worden seien, bei denen der jetzige Stelleninhaber in den Ruhestand gehe oder wo eine ähnliche Stelle freiwerde, damit eine Umsetzung der Mitarbeiter stattfinden könne. Es werde keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Ratsherr Geise zeigt sich verwundert über die ausschweifende Diskussion, da er es so verstanden habe, dass sowohl die SPD- als auch die CDU-Fraktion beantragt hätten, die Einsparungsvorschläge im Hauptausschuss zu diskutieren und den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

Vorsitzender Lehr weist darauf hin, dass dann ein bisher nicht an der Aussprache beteiligtes Ausschussmitglied einen Antrag auf Schluss der Debatte stellen müsse.

Sachkundiger Bürger Damann stellt daraufhin den Antrag auf Schluss der Aussprache.

Ratsherr Schmidt ist dagegen, die Debatte zu beenden. Es müsse inhaltlich über die Punkte hier im Ausschuss diskutiert werden. Eine Abstimmung der einzelnen Vorschläge könne dann im Hauptausschuss erfolgen.

Ratsherr Köllner ist ebenfalls der Meinung, dass der Fachausschuss die Punkte vorberaten müsse. Insbesondere wünsche er sich auch Aussagen der anderen Parteien zu den Einsparungsvorschlägen in den Bereichen ÖPNV und Parkgebühren.

Ratsherr van Geister stellt klar, dass die SPD-Fraktion sich im Falle einer Abstimmung enthalten wolle. Eine Diskussion über die einzelnen Maßnahmenvorschläge könne aber durchaus in diesem Ausschuss geführt werden.

Vorsitzender Lehr lässt über den Antrag auf Schluss der Aussprache abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5 Stimmen dafür (CDU: 5)

15 Stimmen dagegen (SPD: 7, Grüne: 3, AfD: 1, ÖDP: 1, DKP: 1, FDP: 1, Linke: 1)

2 Stimmenthaltungen (SPD: 2)

Der Antrag ist somit **abgelehnt**.

Vorsitzender Lehr schlägt vor, die den Ausschuss betreffenden Maßnahmen des Haushalts sicherungskonzeptes einzeln durchzugehen und Fragen oder Anregungen für die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses aufzunehmen.

Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Zentrale Gebäudewirtschaft – Verzicht auf Verschönerungsarbeiten an öff. Gebäuden:

Technischer Beigeordneter Müller macht klar, dass es hier nur um reine Verschönerungsarbeiten gehe. Bei substanziellen Schäden werde natürlich weiterhin Abhilfe geschaffen.

Verkehrsüberwachung – Geschwindigkeitsüberwachung A 31

Ratsherr Schmidt erklärt, dass Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen einen erzieherischen Effekt haben sollten und an Gefahrenstellen angewendet werden sollten. Es könne hier nicht darum gehen, eine Geldeinnahmequelle zu schaffen.

Erster Beigeordneter Pintea verweist darauf, dass sich diese Maßnahme noch in der Prüfung befinde. Die Installation einer Überwachungsanlage sei nur möglich, wenn durch die Polizei dort eine Unfalloffensivstelle festgestellt werde. Mit einer Umsetzung sei nicht vor 2026 zu rechnen.

Technischer Beigeordneter Müller ergänzt, dass das Haushaltssicherungskonzept bis zum Jahr 2034 aufgestellt, aber jedes Jahr neu beraten werde. Sollten sich Maßnahmen als nicht umsetzbar erweisen, müssten neue Maßnahmen aufgenommen werden. Umgekehrt könnten möglicherweise Maßnahmen gestrichen werden, wenn eine bereits umgesetzte Maßnahme höhere Einnahmen oder Einsparungen erziele als zunächst erwartet.

Straßenverkehrs- und Straßenbenutzungsangelegenheiten – Verzicht auf Verkehrssicherheitsarbeit:

Ratsherr Köllner verweist darauf, dass die Unfallzahlen in den letzten Jahren gestiegen seien. Daher halte er dies für den falschen Weg. Die eingesparte Summe sei zudem sehr niedrig und sollte daher beibehalten werden.

Ratsherr Schmidt bemängelt die fehlende Folgenabschätzung.

Erster Beigeordneter Pintea erläutert, dass der Verkehrserziehungsunterricht für Kinder durch die Polizei durchgeführt werde und auch weiterhin gesichert sei. Es gehe hier um die Aufstellung der Verkehrsdisplays und die Anschaffung von kleineren Giveaways bei Veranstaltungen.

Ratsherr Schmidt und Ratsherr Köllner erklären übereinstimmend, dass die Geschwindigkeitsdisplays große pädagogische Wirkung hätten und nicht darauf verzichtet werden sollte.

Sachkundige Bürgerin Behrendt ergänzt, dass die Anschaffung der Displays über die Bezirksvertretungen finanziert worden sei.

Herr Fingerlin (Amt 36) stellt klar, dass es nicht um Neuanschaffung solcher Displays gehe. Vielmehr sollten Einsparungen dadurch erzielt werden, dass die vorhandenen Geräte nicht mehr regelmäßig umgehängt werden sollten.

Straßenverkehrs- und Straßenbenutzungsangelegenheiten – Standardreduzierung Führerscheinstelle:

Ratsherr Stamm erklärt, dass die Personalreduzierungen, die vorgeschlagen würden, Auswirkungen auf die Öffnungszeiten oder den Service für den Bürger haben könnten. Es müsse so gestaltet werden, dass der Bürger nicht unter den Konsolidierungsmaßnahmen leide. Hierzu müssten z. B. die Dauer der Wartezeiten evaluiert werden. Dazu müsse ein Controlling geschaffen werden, dessen Ergebnisse jedes Jahr den politischen Gremien vorzulegen seien.

Erster Beigeordneter Pintea erwidert, dass Standardreduzierungen notwendig seien. Es sei sicherlich nicht so, dass derzeit zu viele Mitarbeiter vorhanden seien, die nicht genug Aufgaben hätten. Insofern werde es im Rahmen der Konsolidierung möglicherweise zu längeren Wartezeiten kommen. Eine Evaluation sei aber im Rahmen der Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehen.

Brandschutz – Reduzierung Öffentlichkeitsarbeit:

Ratsherr Stamm schlägt vor, dass für die Aktionstage der Berufsfeuerwehr, bei denen über die Verwendung von Rauchmelder aufgeklärt werde, die Firmen angesprochen werden sollten, die diese Rauchmelder herstellten. Diese könnten die Aufklärungsarbeit genauso gut übernehmen.

Gemeindestraße – Personalreduzierung Straßenplanung:

Ratsherr Schmidt fragt nach, wie sich die Personalreduzierung im Bereich Straßenplanung auf die Verkehrssicherheitspflicht auswirken werde. Diese sei seiner Meinung nach, bereits jetzt bei vielen Straßen nicht mehr gegeben und ein weiteres Hinauszögern von Neubau und Erneuerung müsse verhindert werden.

Technischer Beigeordneter Müller erläutert, dass es in diesem Sachgebiet mehrere Mitarbeiter gebe. Der Kanalneubau und -erneuerung sei eine Pflichtaufgabe der Stadt. Die Straßenflächen müssten anschließend verkehrssicher wiederhergerichtet werden; es sei aber nicht in jedem Fall ein kompletter Neubau der Straße mit einer entsprechenden Planung notwendig. Daher sei vorgesehen, große Maßnahmen zeitlich zu strecken. Unterhaltungsmaßnahmen würden selbstverständlich weiterhin durchgeführt.

Verkehrsunternehmen – Reduzierung Zuschussbedarf ÖPNV:

Ratsherr Köllner spricht sich gegen die geplante Reduzierung des Zuschussbedarfs ÖPNV aus. Um die Verkehrswende voranzutreiben und den Autoverkehr zu reduzieren, müsse der Nahverkehr vielmehr gestärkt werden.

Ratsherr Schmidt fragt nach, ob es im Hauptausschuss konkretere Aussagen dazu geben werde, welche Linien betroffen sei könnten. Er spricht sich ebenfalls gegen die Kürzungen aus.

Ratsherr van Geister verweist darauf, dass die Projektgruppe Nahverkehr sich ebenfalls mit den geplanten Kürzungen beschäftigen werde. Die vorgesehene Zuschusskürzung von 300.000 € bedeute die Einsparung von etwa 150.000 km Jahresfahrleistung. Damit würden

etwa zwei Buslinien im Stadtgebiet eingestellt werden müssen. Die tatsächlichen Auswirkungen müssten noch genauer untersucht und benannt werden.

Technischer Beigeordneter Müller verweist auf den Stabilisierungsfahrplan, den die Vestische Straßenbahnen GmbH im Rahmen der Personalausfälle in den letzten Monaten eingeführt habe. Dabei seien durch die Ausdünnung des Taktes von dreißig auf sechzig Minuten auf einigen Linien insgesamt 120.000 km Jahresfahrleistung eingespart worden. Ähnlich könne auch die Umsetzung der geplanten Einsparung aussehen. Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans könnten entsprechende Linien benannt und diskutierte werden. Es sei ihm wichtig, darauf hinzuweisen, dass keine Deckelung des Zuschussbedarfs vorgesehen sei. Es gehe hier um eine einmalige Absenkung des Zuschussbedarfs um 300.000 €. Die dynamischen Erhöhungen in den nächsten Jahren aufgrund von Personal- und Sachkostensteigerungen würden auf jeden Fall getragen.

Parkeinrichtungen – Anhebung der Parkgebühren:

Ratsherr Köllner ist der Meinung, dass die Erhöhung der Parkgebühren auch durchaus höher ausfallen könne. Man müsse die negative Berichterstattung darüber auch aushalten können. Es gebe immer noch Bereiche in der Innenstadt, in denen kostenfrei geparkt werden könne. Zudem käme nur ein Drittel der Innenstadtbesucher mit dem Pkw. Er erinnert zudem daran, dass es angekündigte Parkraumkonzept immer noch nicht vorgestellt worden sei.

Technischer Beigeordneter Müller erläutert, dass die Erarbeitung der Parkraumkonzeptes erst möglich sei, wenn der Haushalt genehmigt worden sei, da es sich um eine freiwillige Leistung handele.

Ratsherr Köllner kündigt an, dass seine Fraktion im Hauptausschuss Anträge auf Erhöhung der Parkgebühren für SUV und auf Erhöhung der Gebühren für das Anwohnerparken stellen werde.

Ratsherr Kaufmann verlässt die Sitzung.

4	Drucksachenummer:	2024/0133
	Zuständigkeit:	Kenntnisnahme

Einhaltung der Sichtdreiecke an Kreuzungen im Bottroper Stadtgebiet

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Einhaltung der Sichtdreiecke an Kreuzungen im Bottroper Stadtgebiet zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Sachkundiger Bürgerin Behrendt verweist auf die kürzliche Überprüfung der Sichtdreiecke im Bereich der Matthias-Claudius-Straße und die darauffolgenden Beschwerden der Anwohner über die weggefallenen Parkplätze. Da es sich um eine kurze Anliegerstraße

handele, könne sie sich nicht vorstellen, dass dort viel Verkehr herrsche, der die Einhaltung der Sichtdreiecke notwendig mache.

Herr Fingerlin (Amt 36) erwidert, dass für diesen Bereich eine Bürgerbeschwerde vorgelegen habe, dass beim Abbiegen die Sicht durch parkenden Pkw versperrt gewesen sei. Eine Überprüfung habe ergeben, dass die Sichtdreiecke tatsächlich durch die parkenden Fahrzeuge beeinträchtigt sei. Wenn die Verwaltung Kenntnis von einer solchen Situation erhalte, sei sie gezwungen, tätig zu werden, da andernfalls bei einem möglichen Unfall Schadenersatzforderungen gestellt werden könnten.

Ratsherr Schmidt unterstützt die Überprüfung der Sichtdreiecke durch die Verwaltung. Dies sei insbesondere im Hinblick auf die immer größere Zahl von Elektrofahrrädern mit ihren höheren Geschwindigkeiten notwendig.

Ratsherr Köllner erklärt ebenfalls, dass die Sichtbarkeit von Radfahrern verbessert werden müsse. Wenn es notwendig sei, die Stellplätze zu entfernen, müsse dies getan werden. Er unterstützt ebenso die Idee, statt der Pfosten Fahrradbügel zu installieren.

Ratsherr Geise dankt der Verwaltung dafür, dass sie die Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durchführe. Es sei aber vielleicht sinnvoll, im Vorfeld Kontakt zu den Anwohnern aufzunehmen und diese auf die wegfallenden Stellplätze hinzuweisen. Er bittet die Verwaltung noch um Überprüfung der neu eingerichteten Fahrradstraße im Bereich der Overbeckstraße. Hier seien die Markierungen sehr kritisch zu sehen.

Stellungnahme des FB 66:

Die Einrichtung wurde überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass Planung und Ausführung übereinstimmen. Lediglich die rote Markierung im Einmündungsbereich ist noch nicht hergestellt, so wie an den anderen Einmündungen auch. Das wird noch erfolgen. Die Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen.

Technischer Beigeordneter Müller weist darauf hin, dass die Überprüfung der Sichtdreiecke und die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen nun mit einer grundsätzlichen Vorgehensweise erfolgen könne. Es werde nicht nur auf Beschwerden reagiert; allerdings könne auch nicht sofort das gesamte Straßennetz umgebaut werden, sondern es bleibe bei einer sukzessiven Abarbeitung der Einmündungsbereiche.

Vorsitzender Lehr weist auf den in der Vorlage beschriebenen Fall Nr. 4 hin und merkt an, dass der rechts abbiegende Fahrer trotzdem auf möglichen Gegenverkehr durch Überholvorgänge auf der übergeordneten Straße achten müsse.

Herr Jonek (FB 66) stellt klar, dass Möglichkeiten der Einhaltungen der Sichtdreiecke nach dem geltenden Regelwerk aufgestellt worden seien. Dieses gehe nicht von Verkehren auf der falschen Seite der Fahrbahn aus.

*Sachkundiger Bürger Damann verlässt die Sitzung.
Sachkundige Bürgerin Vohs tritt in die Sitzung ein.*

5	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	Entscheidung
----------	-------------------------------------	---------------------

Schulstraßen in Bottrop

hier:

Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 06.03.2024

Beschluss

Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung von Schulstraßen zu prüfen. Dabei ist sicherzustellen, dass keine Verdrängung des Verkehrs in die Nachbarstraßen erfolgt. Die Ergebnisse der Prüfung sind den zuständigen Bezirksvertretungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Erläuterungen:

Ratsherr Köllner erklärt, dass das Thema auch bereits im Schulausschuss angesprochen worden sei. Die Möglichkeit Schulstraßen einzurichten, gebe es bereits seit längerem in Frankreich und Österreich. Nun sei dies auch in Deutschland möglich und in Essen gebe es bereits erste Erprobungsversuche dazu. Um die Sicherheit der Schulkinder zu verbessern, sollte auch Bottrop eine Sperrung von Straßen zur Unterrichtsbeginn und –ende probeweise umsetzen.

Ratsherr Geise verweist darauf, dass durch die Sperrung der Straßen keine Verdrängung des Verkehrs in die angrenzenden Straßen erfolgen dürfe. Die Verwaltung solle die möglichen Maßnahmen im Umfeld der verschiedenen Schule evaluieren und die Ergebnisse dem Ausschuss vorlegen. Danach könnten entsprechende Verkehrsversuche unternommen werden.

Ratsherr van Geister weist in Ergänzung des Antrags darauf hin, dass die Ausweisung von Schulstraßen nur auf Gemeindestraßen möglich sei. Daher würden entsprechende Beschlüsse für die Verkehrsversuche in die Zuständigkeit der Bezirksvertretungen fallen. Zudem müsse die Verwaltung die Beteiligung aller Interessensgruppen, wie Schüler, Eltern, Lehrer und Anwohner sicherstellen.

Herr Fingerlin (Amt 36) macht deutlich, dass die Ausweisung einer Schulstraße nicht von Seiten der Verwaltung einseitig festgelegt werden könne. Es sei wichtig, die Schüler, Eltern, Lehrer und Anlieger mitzunehmen.

Vorsitzender lässt über den Beschlussvorschlag mit den Ergänzungen aus der Diskussion abstimmen.

6	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	2024/0140 Kenntnisnahme
---	-------------------------------------	----------------------------

Sachstandbericht zu Bottroper Wanderwegen

hier:

Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2023

Beschluss:

Der Sachstandbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

./.

7	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	Kenntnisnahme
----------	-------------------------------------	----------------------

Anfragen von Ausschussmitgliedern**Beschluss**

Ausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Sachkundiger Bürger Lanfermann verweist auf die Pressemitteilung der Stadt, dass Wartungsarbeiten am erst kürzlich fertiggestellten Spielplatz im Stadtgarten durchgeführt werden müssten. Er fragt nach, welche Arbeiten genau geplant seien und ob hierfür noch Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Technischer Beigeordneter Müller erwidert, dass es sich um eine reine Vorsichtsmaßnahme handele. Die Sicherheit der Kinder sei in keiner Weise gefährdet gewesen.

Vorsitzender Lehr schlägt vor, dass eine ausführliche Beantwortung der Fragen in der nächsten Sitzung unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ erfolgen könne.

Ratsherr Schmidt fragt nach, wann der Schutzstreifen für Radfahrer auf der Peterstraße erneuert werde und ob dieser auch in roter Farbe ausgestaltet werde.

Ratsherr Köllner schließt die Frage an, ob auch auf der Lindhorststraße Markierungsarbeiten durchgeführt würden.

Herr Jonek (FB 66) erklärt, dass die Erneuerung des Schutzstreifens auf der Peterstraße ab dem 21.04. vorgesehen sei. Die Markierung erfolge dann, wie auf der Horster Straße, in roter Farbe. Die Markierungen auf der Lindhorststraße würden ebenfalls zeitnah erneuert.

Ratsherr Geise weist darauf hin, dass der AK Nahmobilität wieder ein Anradeln plane. Diese werde allerdings nur stattfinden, wenn sich ausreichend Mitglieder des Arbeitskreises dazu anmelden würden.

Mitteilungen der Verwaltung**Beschluss**

Ausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Herr Sommer (FB 65) erklärt, dass er bisher noch keine ausführliche Auswertung der Umfrage unter den Schulhausmeistern zum Zustand der Schultoiletten vornehmen konnte. Er werde die Ergebnisse sobald wie möglich nachreichen. Er habe aber bereits erste Gespräche mit Vertretern des Jugendparlamentes über den gewünschten Umbau der Toilette in einer Schule geführt, um hier eine Evaluation unter den Schülern führen zu können. Dabei sei man übereingekommen, dass in den Sommerferien eine der Schultoiletten in der Gustav-Heinemann-Realschule erneuert werde.

Vorsitzender Lehr schließt die öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses um 18:40 Uhr und bedankt sich bei den Zuschauern für ihre Teilnahme.

gez. Lehr
(Vorsitzender)

gez. Maszun
(Schriftführerin)

gez. Müller
(Technischer Beigeordneter)